

11 111 Unterschriften für eine neue Verkehrsregelung auf Alpstrassen

Eine **Petition** verlangt, dass der Staatsrat die Verkehrsregelung auf Alp- und Waldstrassen überdenkt.

FREIBURG Mit ihrer Unterschrift haben 11111 Personen kundgetan, dass sie mit der jetzigen Gesetzgebung nicht einverstanden sind. Die Petition verlangt, dass die Verkehrsregelung auf den Alp- und Waldstrassen überarbeitet, besser den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst und noch einmal öffentlich aufgelegt wird. Die Initianten, FDP-Grossrat Ruedi Vonlanthen und SVP-Grossrat Alfons Piller, haben in den letzten neun Monaten Unterschriften gesammelt und diese gestern auf der Staatskanzlei deponiert. Gegen die partielle Schliessung von Alpstrassen ist vor Bundesgericht noch ein Rekurs hängig. *im Bericht Seite 3*



«Diese Ungerechtigkeit ist nicht akzeptabel»

Die aktuelle Verkehrsregelung auf Alpstrassen und Waldwegen sieht vor, dass reine Waldstrassen mit einem Fahrverbot belegt werden. Gegen diesen Entscheid hat ein Initiativkomitee **11 111 Unterschriften** gesammelt. Die Antwort des Staatsrats steht noch aus.

IMELDA RUFFIEUX

Gestern kurz vor Mittag bot sich bei der Staatskanzlei ein etwas ungewohnter Anblick: Zwei Alphernten liefen in Tracht und mit dem Räf auf dem Rücken durch die Gänge. Was war da los? In der Chüjertracht steckten nicht zwei Hirten, sondern mit Ruedi Vonlanthen, Giffers, und Alfons Piller, Plaffeien, zwei Politiker, und sie transportierten im Räf auch keinen Käse, sondern über 20 Kartons mit Unterschriftenbögen, um diese Staatskanzlerin Danielle Gagnaux auszuhändigen.

Mehr Fahrverbote

Die Petitionäre Ruedi Vonlanthen und Alfons Piller verlangen, dass die heutige Regelung auf Alpstrassen und Waldwegen geändert wird. In der Verfügung des Tiefbauamtes vom November 2008 ist vorgesehen, dass einige Alpstrassen sowie reine Forststrassen für den öffentlichen Verkehr geschlossen werden.

Im Plasselbschlund wie auch im Schwarzseetal gibt es Beispiele für gesperrte Zufahrtswege, die den Petitionären sauer aufgestossen sind. «Diese Ungerechtigkeit ist nicht akzeptabel», betonte Ruedi Vonlanthen an der gestrigen Petitionsübergabe. «Wir sind ja auch für weniger Strassen in den Bergen. Was aber gebaut ist, sollte offen sein.»

Umständliche Bewilligung

Für Alfons Piller werden mit der restriktiven Regelung zum einen Ausflügler schikaniert, zum anderen vor allem auch die Alphernten. Es sei umständlich, dass beispielsweise Helfer oder Lieferanten jeweils eine Bewilligung verlangen müssten, um zu einer Alp zu kommen. «Das widerspricht den Bestrebungen, dass die Alpwirtschaft innovativer sein



Unterschriften statt Käse: Die Grossräte Alfons Piller (l.) und Ruedi Vonlanthen bei der Abgabe der Petition an die Staatskanzlerin Danielle Gagnaux.

Bild Corinne Aeberhard

soll», führt er aus. Er könnte sich gut vorstellen, dass man eingangs eines Tales oder eines Aufstiegs eine Gebühr entrichten muss. «Jeder, der die Alpwege benutzt, wäre bereit, einen Beitrag für den Unterhalt zu geben», ist er überzeugt.

Die Vertreter des Kantons hatten zu einem früheren Zeitpunkt jeweils argumentiert, dass Subventionen nur unter dem Vorbehalt einer Schliessung gesprochen worden waren. «Andere Kantone setzen dies nicht so rigoros um», hält Ruedi Vonlanthen fest. Die Alp-

hirten bzw. -besitzer hätten diese Bedingungen jeweils widerwillig geschluckt, weil sie ihre Projekte ohne staatliche Unterstützung nicht hätten umsetzen können. «Ein Grossteil der Hirten steht deshalb hinter uns», hält Alfons Piller fest.

Rund neun Monate haben die beiden Grossräte Unterschriften gesammelt, um ihrem Anliegen mehr Gewicht zu verleihen. «Unser Ziel war es, 10 000 Unterschriften zusammenzutragen. Wir sind sehr zufrieden, dass wir das erreicht haben», erklärt Ruedi Vonlanthen. «Etwa 85 Prozent

der Unterschriften kommen aus dem Sense-Oberland, aber auch Leute aus dem französischsprachigen Kantonsteil und dem Bernbiet haben unterschrieben.»

«Tolerierter rechtloser Zustand»

Wann der Staatsrat auf die Petition reagiert, ist noch nicht klar. In der Regel gibt es eine Antwort innerhalb von spätestens einem Jahr. «Ich nehme an, der Staatsrat zeigt Grösse und nimmt angesichts von so vielen Unterschriften eine Nachbesserung der Verfügung

vor», erklärt der Giffenser Ammann zu den Aussichten.

Den beiden Petitionären eilt es aber nicht so sehr mit der Antwort. Bis ein Entscheid vorliegt, herrscht so etwas wie ein «tolerierter rechtloser Zustand», wie Ruedi Vonlanthen es umschreibt. Das heisst, es werden derzeit offensichtlich keine Kontrollen durchgeführt, ob die Fahrverbote eingehalten werden, und es werden keine Bussen ausgesprochen. Von den kantonalen Ämtern war gestern niemand für eine Stellungnahme zur momentanen Lage erreichbar.

Stand der Dinge: Eine Beschwerde ist noch hängig

Ende November 2008 hat das kantonale Tiefbauamt die Verfügung mit der neuen Regelung auf Alp- und Forststrassen öffentlich aufgelegt. Gegen das Projekt sind über 30 Einsprachen eingegangen.

Nicht legitimiert

Einige wurden zurückgezogen, andere wurden vom Kantonsgericht abgelehnt. «Das Gericht hat die Ablehnung damit begründet, dass die Einsprecher nicht für einen Rekurs legitimiert sind», führt Ruedi Vonlanthen, dessen Einsprache damals ebenfalls abgelehnt wurde, aus. «Ich als Sense-Oberländer, als Ammann und Grossrat, also als legitimer Volksvertreter, sollte nicht berechtigt sein, gegen die Auflage vorzugehen – das ist einfach nicht in Ordnung», macht er seinem Ärger Luft. Das sei mit ein Grund für die Unterschriftensammlung gewesen.

Bundesgericht muss noch entscheiden

Eine Beschwerde ist noch vor Bundesgericht hängig: Die Gemeinde Plasselb hatte ihren Rekurs nach Abweisung vor dem Kantonsgericht im September 2009 weitergezogen. Die Gemeinde bemängelte darin, dass auf ihrem Gebiet gleich drei Aufstiege zum Schwyberg gesperrt würden. Sie kritisierte auch, dass ihr das rechtliche Gehör nicht ausreichend gewährt worden war. Wie Gemeindeschreiber Anton Raemy bestätigte, ist der Schriftenverkehr immer noch im Gange. Wann das Gericht seinen Entscheid fällt, ist noch nicht klar. *im*